



# BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Der Präsident

Bundesrechtsanwaltskammer  
Littenstraße 9 | 10179 Berlin

An den  
Minister des Rechtsamts des Staatsrats  
der Volksrepublik China  
Herrn Song Dahan  
No. 33, Ping'anli Xidajie  
Xicheng District  
Peking 100035

## Volksrepublik China

Berlin, 20.07.2015

### Verhaftungswelle von Rechtsanwälten in der Volksrepublik China

Sehr geehrter Herr Minister,

vor wenigen Tagen haben wir anlässlich des Rechtsstaatsdialogs im Rahmen des Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialogs in Peking viele interessante Gespräche geführt. Ich bedanke mich nochmals für die gute Organisation und Ihre herzliche Gastfreundschaft.

Unser gemeinsamer Rechtsstaatsdialog ist seit einigen Jahren eine gute Möglichkeit, uns regelmäßig offen und respektvoll auszutauschen. Er fördert die Verständigung zwischen Deutschland und China auf der Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit durch Diskussionen auf Augenhöhe. Dabei respektieren wir, dass unsere unterschiedlichen Kulturen, Strukturen und Entwicklungen dazu führen, dass Themen wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte von beiden Seiten als wesentliche Merkmale eines funktionierenden Staates anerkannt werden, jedoch unterschiedlich beleuchtet werden können.

Umso überraschter war ich, dass nur wenige Tage nach dem Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog in einer landesweiten Aktion in China viele Rechtsanwälte und Kanzleiangestellte verhaftet und verhaftet, unter Hausarrest gestellt wurden oder einfach verschwunden sind. Ihnen wird vorgeworfen, „kriminelle Vereinigungen“ gebildet und die „öffentliche Ordnung gestört“ zu haben. Wie Medienberichten zu entnehmen war, sollen die Verhaftungen aufgrund des am 01.07.2015 in Kraft getretenen Gesetzes zum Schutz der nationalen Sicherheit erfolgt sein.

#### Bundesrechtsanwaltskammer

The German Federal Bar  
Barreau Fédéral Allemand  
www.brak.de

#### Büro Berlin – Hans Litten Haus

Littenstraße 9 Tel. +49.30.28 49 39 - 0  
10179 Berlin Fax +49.30.28 49 39 -11  
Deutschland Mail zentrale@brak.de

#### Büro Brüssel

Avenue des Nerviens 85/9 Tel. +32.2.743 86 46  
1040 Brüssel Fax +32.2.743 86 56  
Belgien Mail brak.bxl@brak.eu

Wie Sie wissen, vertritt die Bundesrechtsanwaltskammer die gesamte Anwaltschaft der Bundesrepublik Deutschland mit zurzeit rund 164.000 Rechtsanwälten. Als Vertreter der deutschen Anwaltschaft setzen wir uns - auch international – für die Unabhängigkeit der Rechtsanwälte ein. Nur diese Unabhängigkeit gewährleistet, dass Rechtsanwälte gleichrangig und gleichberechtigt neben Richtern und Staatsanwälten ihre Aufgaben im Rechtsstaat erfüllen können. Unabhängige Rechtsanwälte sind unverzichtbare Organe einer funktionierenden Rechtspflege und tragen zur Verwirklichung des Rechtsstaates bei. Sie setzen die Rechte der Bürger eines Rechtsstaates effektiv durch und sind daher unabdingbar für eine nachhaltig zufriedene Zivilgesellschaft.

Es ist mir ein besonderes Anliegen zu betonen, dass der Rechtsanwaltsberuf kein Beruf wie jeder andere ist. Kernaufgabe der Advokatur ist es, den Zugang zum Recht zu gewährleisten. Dies bedeutet, dass sie die Interessen des Mandanten frei vertreten können muss, auch gegenüber dem Staat. Anwaltliche Unabhängigkeit bedeutet vor allem Unabhängigkeit vom Staat und Freiheit von staatlichen Weisungen. Trotz der Unterschiede unserer Länder sollte immer im Fokus stehen, dass eine funktionierende und leistungsfähige Justiz den Staat, die Gesellschaft und die Wirtschaft stärkt. Dazu bedarf es einer starken Anwaltschaft.

Ich bitte Sie, dafür zu sorgen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen sowie deren Mitarbeiter unverzüglich freigelassen werden und unbehelligt ihren Beruf als Rechtsanwalt ausüben und die Interessen ihrer Mandanten vertreten und durchsetzen können. Rechtsanwälte sind für den Zugang zum Recht unerlässlich und die Gewährung des Zugangs zum Recht ist Teil der Rechtsstaatlichkeit.

In diesem Zusammenhang bringe ich meine Besorgnis über das Gesetzgebungsvorhaben „Gesetz über die Verwaltung ausländischer Nichtregierungsorganisationen“ zum Ausdruck, welches die Arbeit ausländischer Organisationen in China „regulieren“ soll. Zivilgesellschaftliche Initiativen sind essentiell für die Entwicklung eines Rechtsstaates. Es bietet den Bürgern die Möglichkeit, sich an der Entwicklung des Staates, in dem sie leben, zu beteiligen. Dies fördert einen nachhaltigen Frieden und Zufriedenheit in der Gesellschaft. Die Einschränkung der Arbeit von Organisationen, die das Ziel haben, durch ihre Arbeit zur Entwicklung der Gesellschaft und des Staates beizutragen, ist daher ein frappierendes Signal.

Lassen Sie uns unseren Dialog konstruktiv fortsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Axel C. Filges